

Morbi-RSA: Die „Lex Wältermann“ sorgte für Verdruß

(A+S 27 – 16) Mit großer Spannung blickten in dieser Woche einige Akteure im bundesdeutschen Gesundheitswesen, vor allem aber in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), auf den Bundstagsausschuß für Gesundheit. Dieses Gremium trat am 6. Juli 2016 zu seiner 83. Sitzung in dieser Legislaturperiode zusammen. Der SPD-Ausschußvorsitzende Prof. Dr. iur. Edgar Franke MdB (56) hatte die Mitglieder aus den vier Fraktionen für 9.30 Uhr ins Paul-Löbe-Haus, Saal E 330 eingeladen. Erst beim Tagesordnungspunkt 3 wurde es so richtig spannend. Es stand die Schlußberatung des Entwurfes eines „Gesetzes zur Errichtung eines Transplantationsregisters“ an. Und damit das Schicksal des am 11. Mai 2016 von beiden Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsantrages mit dem durch eine rückwirkend zum 1. August 2014 geltende Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (RSAV) das Bundesversicherungsamt (BVA) die Festlegungen für die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds unterjährig neu festlegen kann (vgl. zuletzt A+S 26 – 16, S. 7ff.). Aus der ursprünglich gut gemeinten „klarstellenden“ Lösung war mittlerweile ein Ärgernis geworden. Denn SPD-Fraktionsvize Prof. Dr. med. Dr. sc. (Harvard) Karl W. Lauterbach MdB (52) wollte aufgrund eines parteiinternen Druckes nicht mehr, kündigte die koalitionäre Einigung öffentlich auf. Ganz im Gegenteil zu seinem Unions-Konterpart Maria Michalk MdB (66) und wohl vielen Ausschußmitgliedern. Die gesundheitspolitische CDU-Sprecherin beharrte auf dem einmal Vereinbarten. Ein Kompromiß war nicht in Sicht. Was passierte? Lauterbach soll im Ausschuß höchstpersönlich erschienen sein und zog wohl im Auftrag der Partei- und Fraktionsspitze die Zustimmung der SPD zum Änderungsantrag offiziell zurück. In der für die Abstimmung im Ple-



num des Bundestages notwendigen Ausschußdrucksache findet sich die zuvor gewollte „klarstellende“ Änderung nicht mehr (vgl. BT-Drs. 18/9083). Noch peinlicher, eine öffentliche Debatte war beim Tagesordnungspunkt 28 am 7. Juli 2016 im Hohen Haus an der Spree nicht mehr gewollt. Die Reden wurden zu Protokoll gegeben. Eine erste Reaktion war beachtlich: Laut einer Meldung der „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Juli 2016 trat das langjährige und überzeugte Parteimitglied Franz Knieps (69), seines Zeichens Vorstand des BKK Dachverbands (BKK DV), unter Protest aus der SPD aus. Das dürfte nicht die einzige Auswirkung auf das Gesundheitswesen bleiben. Viele Kassen werden jetzt ihre Bilanzen ändern müssen, möglicherweise die Zusatzbeiträge erhöhen und letztendlich zahlen die Leistungserbringer durch ausbleibende Honorarerhöhungen wie die „betroffenen“ Versicherten dadurch die Zeche.